

Die Europawahlprogramme der Parteien

CDU/CSU | SPD | FDP | Die Grünen | Die Linke | AfD

Eine Synopse von



unternehmer nrw



Die bayerische
Wirtschaft



Unsere Position

Die EU ist die Lösung, nicht das Problem. Nur mit und innerhalb der EU können die globalen Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Trotzdem muss eine angemessene Balance gefunden werden: Die EU soll sich im Sinne der Subsidiarität auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und in gewissen Politikfeldern schneller, besser und unbürokratischer werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Europa nicht den Populisten überlassen +++ Subsidiaritätsprinzip stärken +++ Einführung eines Kompetenzkatalogs +++ Stärkung der Rechtsstaatlichkeit +++ EU-Beitrittskandidaten eine konkrete Perspektive bieten +++ Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich vertiefen +++ Unabhängigkeit und auf Geldwertstabilität und Bankenaufsicht begrenztes Mandat der EZB bewahren +++ Keine Vergemeinschaftung von Schulden und Haftungsrisiken +++ Stabilitätsregeln strikt einhalten und anwenden +++ Beibehaltung EU-Schuldengrenzen	EU-Parlament mit Initiativrecht sowie Kontrollrecht ausstatten +++ rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips +++ Einstimmigkeitsprinzip im Rat durch Mehrheitsentscheidungen ersetzen +++ stärkere Beteiligung des EU-Parlaments im Rahmen des Europäischen Semesters +++ Einführung eines sozialen Fortschrittsprotokolls in den europäischen Verträgen +++ An Beitrittsperspektiven der Ukraine und Balkanstaaten festhalten +++ transnationale EU-Wahllisten +++ Einrichtung einer starken europäischen Ethikbehörde +++ EU-Kompetenzen und -Instrumente im Bereich Geoökonomie ausbauen +++ Einbeziehung von Klima- und Menschenrechtszielen in die Regeln und Normen des internationalen Handels +++ Einrichtung eines eigenständigen Rats der Verteidigungsminister	Verkleinerte Kommission mit 18 Ministern +++ Parlament mit Sitz in Brüssel +++ Parlament mit Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis +++ Selbstverpflichtung der Kommission, auf Aufforderung des Parlaments eine Gesetzesinitiative einzubringen +++ EU-Direktwahlaktwahlalter auf 16 senken +++ Europäische Wahllisten, einen gemeinsamen Wahltag und das Spitzenkandidatenprinzip einführen, aber auf eine Geschlechterquote verzichten +++ Konvent für eine föderale bzw. bundesstaatliche Verfassung für die Europäische Union +++ Fokus auf dem Thema Rechtsstaatlichkeit bei EU-Beitrittskandidaten +++ Abschaffung der Einstimmigkeit bei Freihandelsabkommen +++ Stärkere Subsidiaritätskontrolle	EU-Parlament mit vollwertigem Initiativrecht ausstatten +++ Europäische Grundrechtecharta national verbindlich machen +++ Lobbyregister für alle EU-Institutionen und Einschaltung einer unabhängige Ethikbehörde zur Durchsetzung der Lobbykontrolle +++ EU-Haushalt und finanzielle Eigenmittel u.a. durch Erhöhung der nationalen Beiträge deutlich vergrößern +++ Ausweitung des Verfahrens mit qualifizierter Mehrheit auch auf die verbleibenden Teile der EU-Sozialpolitik im Einstimmigkeitsverfahren +++ zivile Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ausbauen +++ deutliche Steigerung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) +++ Europäische Bürgerinitiative ausbauen +++ Europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen +++ Beitrittsperspektive für Westbalkan schaffen	Änderung der EU-Verträge +++ Umwandlung des Europäischen Rats in eine zweite Kammer +++ Initiativrecht des EU-Parlaments, Gleichberechtigung im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, ein exklusives Bestimmungsrecht der EU-Kommission +++ Mitbestimmung des Ausschusses der Regionen bei Gesetzgebung +++ Erweiterung des Mandats der EZB um Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung +++ Abschaffung der Fiskalregeln und Maastricht-Kriterien +++ Beitritt der EU in die Europäische Menschenrechtskonvention +++ Rolle der Wirtschafts- und Arbeitgebervertreter auf EU-Ebene schwächen und Rolle der Gewerkschaften stärken +++ Eigenständige Kontrolle des EU-Parlaments über den EU-Haushalt +++ Öffentliche Investitionen durch Kredite der EZB finanzieren	Europa der Nationen +++ Wiedereinführung von Einstimmigkeit +++ EU-Austritt Deutschlands als letzte Option +++ Europäischen Gerichtshof „supprimieren“ +++ Volksabstimmungen in europäischen Angelegenheiten +++ Abschaffung des EU-Parlaments +++ Verkleinerung des EU-Haushalts +++ Reform der EU-Eigenmittel +++ Verschärfung des Lobbyregisters +++ verschärfte Kontrollen der EU-Außengrenzen +++ Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Ablehnung eines Beitritts der Westbalkanstaaten

Binnenmarkt	Unsere Position					
	Der Binnenmarkt ist unser Heimatmarkt. Er fördert Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit durch den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften. Der Binnenmarkt muss in all seinen Dimensionen vollendet und korrekt umgesetzt werden. Wir müssen die Komplexität im Binnenmarkt und die unnötigen bürokratischen Vorhaben abbauen.					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	Nationale Wirtschaftspolitiken besser koordinieren +++ Vertiefung und Vollendung des Binnenmarkts +++ Stärkung des digitalen Binnenmarkts: Weg zur Digital- und Datenunion mit europäischer Infrastruktur +++ grenzüberschreitende Infrastruktur auf- und ausbauen +++ Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken und Kapitalmarktunion vertiefen +++ gradueller Zugang zum Binnenmarkt oder die Gewährung der vier Grundfreiheiten für EU-Beitrittskandidaten +++ Binnen-grenzkontrollen bei gleichzeitig beibehaltener Freizügigkeit können zu einem Rückgang der irregulären Migration führen +++ Arbeitnehmermobilität verbessern und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern vereinfachen +++ Dienstreisen und grenzüberschreitendes Arbeiten erleichtern	Parlamentarisch kontrolliertes Eurozonenvolbudget +++ verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt +++ Binnenmarkt vor unfairem Wettbewerb (Ansammlung von Marktmacht in der Hand eines Unternehmens) schützen +++ europäischer Binnenmarkt für Verteidigung mit Übereinkommen über Rüstungsexporte auf EU-Ebene +++ Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt beschon vor der vollständigen EU-Mitgliedschaft als erkennbare Zwischenschritte im Erweiterungsprozess +++ Streikrecht als wichtiger Bestandteil des Binnenmarkts +++ einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer bzw. digitaler Sozialversicherungspass	Einhaltung gemeinsamer Regeln +++ Vollendung des Digital- und des Energie-Binnenmarkts +++ Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist Aufgabe der Mitgliedstaaten +++ EU-Handeln bei grenzüberschreitenden Fragen +++ Vertiefung des Binnenmarkts bei Arbeit, Energie, Kapital und digitalen Dienstleistungen +++ Schaffung einer EU-Behörde für den digitalen Binnenmarkt +++ Stromnetz zwischen den Mitgliedstaaten ausbauen und einen Energiebinnenmarkt schaffen +++ Bedeutung des Binnenmarkts für verstärkte gemeinsame Beschaffung im medizinischen Bereich nutzen +++ Hürden bei der Arbeitskräftemobilität in der EU abbauen sowie komplizierte und langwierige Prozesse vereinfachen +++ EU-Entsende-richtlinie modernisieren und vereinfachen +++ ein Europa ohne Grenzkontrollen	Kein Europa des Sparzwangs +++ Vertiefung und Verteidigung der Grundlagen des Binnenmarkts +++ resilienterer und unabhängiger Binnenmarkt +++ starke Wettbewerbspolitik und Subventionswettläufe innerhalb der EU unterbinden +++ Flickenteppich nationaler Steuervorschriften vermeiden und faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt bei Körperschaftssteuersätzen +++ Vollendung des digitalen Binnenmarktes +++ bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme +++ Unionsbürger und Menschen aus Drittstaaten vor Diskriminierung und Ausbeutung schützen, wenn sie in einem anderen Land arbeiten	Keine Kürzungspolitik +++ Der europäische Binnenmarkt erleichtert es, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und mit Verlagerung in Länder mit niedrigeren Löhnen oder Sozialstandards zu drohen +++ Forderung einer sozialen Fortschrittsklausel, um den grundsätzlichen Vorrang von sozialen Grundrechten, insbesondere des Streikrechts vor der Binnenmarktfreiheit zu sichern +++ Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Binnenmarkt und dem EU-Wettbewerbsrecht Pflege und Gesundheit entziehen +++ Gegen einen Europäischen Energiebinnenmarkt +++ Arbeitsmobilität innerhalb der EU darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte ausgebeutet werden und die soziale Absicherung ausgehebelt wird +++ Lockerung des „Korsetts des EU-Binnenmarktes“ zugunsten einer „Sozialunion“	Gegen eine Überregulierung durch die EU +++ Waren und Dienstleistungen sollten den gesetzlichen Anforderungen im Zielland genügen +++ Kriterien der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit verschärfen +++ Freizügigkeit der EU-Bürger soll begrenzt werden, wenn sie vornehmlich dem Zweck des Bezugs von Sozialleistungen dient +++ Zuwanderung von Arbeitskräften muss sich aber immer am jeweiligen nationalen Arbeitsmarkt orientieren +++ konsequente und effektive Grenzkontrollen mit Reform des Schengener Abkommens +++ Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer +++ Keine Vereinheitlichung von Sozialsystemen

Wirtschafts- und Währungsunion	Unsere Position					
	Die Wettbewerbsfähigkeit jedes Mitgliedstaats ist die Basis der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Um diese zu stärken, braucht es eine europäische Investitionsstrategie in Zukunftstechnologien. Außerdem gilt es, die Banken- und Kapitalmarktunion zu verwirklichen. Der Euro als Gemeinschaftswährung ist eine wichtige Säule der europäischen Wirtschaft. Daher unterstützen wir die Einführung eines digitalen Euro mit Blick auf eine Beschleunigung der Digitalisierung der Wirtschaftsunion.					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	Für eine Stabilitätsunion, gegen eine Schuldenunion: keine Schuldenhaftung Deutschlands für andere Mitgliedstaaten +++ Stabilitäts- und Wachstumspakt erhalten +++ Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Struktur- und Investitionsfonds (Kohäsionspolitik) +++ Unabhängigkeit der EZB bewahren: Sicherung der Geldwertstabilität und Bekämpfung der Inflation als Kernaufgabe der EZB +++ Stimmgewicht im EZB-Rat in Relation zur volkswirtschaftlichen Größe anstreben +++ Bargeld erhalten +++ Kapitalmarktunion vertiefen und Risiken im Bankensystem reduzieren +++ Regulierung des Finanzsystems im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebe	Reform des europäischen Beihilferechts +++ geschlossene, koordinierte und solidarische europäische Investitionspolitik +++ Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts +++ Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kapitalmarkts +++ Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion mit angemessener Aufsicht +++ Erweiterung des Struktur- und Investitionsfonds zu einem Transformationsinstrument, um europäische Regionalpolitik finanziell auszustatten +++ Aufstockung des europäischen Haushalts, um EU finanziell unabhängiger zu machen +++ Einnahmenseite der EU stärken z. B. durch Finanztransaktionssteuer oder Einnahmen aus dem CBAM	Kein Einstieg in eine Schuldenunion +++ Ablehnung von Eurobonds +++ Einnahmen der EU weiterhin aus Überweisungen der Mitgliedstaaten gemessen an der Wirtschaftskraft +++ Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Eigenmittel +++ Bekämpfung der Inflation als oberste Priorität der EZB +++ Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit Fokus auf glaubwürdigem Schuldenabbau +++ Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und Kapitalmarktunion vertiefen +++ Erhalt von Bargeld +++ Einführung des digitalen Euro als Ergänzung zum Bargeld +++ Unterstützung eines gemeinsamen Markts in Europa für Kryptowährungen	Stärkung der finanziellen Ausstattung der EU durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge +++ Für gemeinsame europäische Anleihen +++ Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen +++ Gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme +++ Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung +++ Banken- und Kapitalmarktunion vollenden +++ Reform der haushaltspolitischen Vorgaben für mehr Transparenz und Spielraum für Investitionen +++ Einführung des digitalen Euro neben Buch- und Bargeld +++ Einführung einer Finanztransaktionssteuer +++ Weiterentwicklung der grünen Taxonomie der EU	Innereuropäischen Solidaritätsmechanismus einführen +++ Einführung einer Finanztransaktionssteuer +++ Banken verkleinern und Investmentbanking abwikkeln +++ Einrichtung eines EU-Vermögensregisters +++ Demokratisierung der EZB durch das EU-Parlament +++ Erweiterung des EZB-Mandats auf Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung +++ Finanzierung von Staatsausgaben durch die EZB +++ Für Eurobonds +++ Einführung des digitalen Euro +++ Bessere Ausstattung des EU-Strukturfonds zur Förderung wirtschaftsschwacher Regionen +++ Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken	Wiedereinführung nationaler Währungen +++ Transferunion des Euro-Systems aufkündigen +++ Keine Schuldenaufnahme durch die EU +++ Erhalt des Bargelds +++ Keine deutsche Haftung für ausländische Banken +++ TARGET2-Risiko beenden +++ Staatsgold zurück nach Deutschland holen +++ Investitionssteuerung durch den Markt statt durch die EU-Taxonomie +++ Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer +++ Verringerung der EU-Ausgaben und des EU-Haushalts +++ Reform der EU-Eigenmittel: Volkseinkommen (statt Bruttonationaleinkommen) als Bemessungsgrundlage

Unsere Position

Wirtschaftlicher Erfolg ist die Basis für ein soziales Europa. Dabei ist wichtig, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik primär in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt, wie in den EU-Verträgen vorgesehen. Stattdessen muss die EU die strategische Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen, den Fachkräftemangel bewältigen und die Arbeitsmobilität durch einen funktionierenden Binnenmarkt erleichtern. Die Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs müssen besser anerkannt werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Subsidiarität in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik achten +++ Fachkräftezuwanderung erleichtern durch digitalisierte Verfahren und schnelle Erteilung von Arbeitsvisa +++ A1-Verfahren erleichtern und Arbeitsmobilität verbessern +++ Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auf digitalen Plattformen +++ Keine europäische Arbeitslosenversicherung +++ Arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards für alle Beschäftigten gewährleisten	Vorrang sozialer Rechte: Soziale Rechte mit EU-Grundfreiheiten gleichsetzen +++ Schnellere Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte +++ Sozialpartnerschaften stärken +++ Tariftreue etablieren und Vergabe von EU-Geldern an Tarifverträge binden +++ Mitbestimmung in Betrieben verbessern und Europäische Betriebsräte stärken +++ Potenzial inländischer Fachkräfte nutzen und nicht-europäische Fachkräfte durch gute Bedingungen anwerben +++ Arbeitsmigration nach Europa erleichtern, „Blaue Karte EU“ ausweiten, Arbeits-erlaubnisse EU-weit anerkennen +++ Lohntransparenz durchsetzen, „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ +++ Mobile Beschäftigte schützen, europäischen Sozialversicherungsausweis stärken +++ Kompetenzen der Europäischen Arbeitsbehörde erweitern, mehr Befugnisse bei	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern Mitgliedstaaten überlassen, nur bei grenzüberschreitenden Herausforderungen für den Binnenmarkt europäisch handeln +++ Entsenderichtlinie vereinfachen und A1-Verfahren auf „schutzwürdige“ Sachverhalte begrenzen +++ Faire Bedingungen für Selbstständige in der Plattformarbeit +++ Arbeitszeitrichtlinie flexibilisieren +++ Fachkräftegewinnung harmonisieren, „Blaue Karte EU“ ausweiten, Mindest Gehaltsgrenzen senken +++ EU-Talentpool mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild, qualifizierte Fachkräfte durch Vergabe von Orientierungsvisa anwerben +++ Englisch als zweite Verwaltungssprache im Bereich Arbeit, Studium und Ausbildung einführen +++ Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen beschleunigen +++ Einführung einer EU-Plattform, mehr Befugnisse bei	Europaweit Mindeststandards für faire Löhne und gegen Ausbeutung +++ Frauen am Arbeitsmarkt fördern, Unternehmen unterstützen, die überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigen +++ EU-Gelder stärker auf einen inklusiven Arbeitsmarkt ausrichten und Menschen mit Behinderungen fördern +++ Umfassende EU-Fachkräftestrategie anstoßen und „Blaue Karte EU“ ausweiten +++ EU-Talentpool stärken und mehr Personal in EU-Botschaften beschäftigen, Verfahren digitalisieren +++ Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung +++ EU-Mindestlohnrichtlinie umsetzen und Mindestlohn an 60 % des Medianlohns koppeln +++ EU-Strategie für psychische Gesundheit weiterentwickeln +++ Ausnahmeregeln zur Richtlinie der Europäischen Betriebsräte beenden und Anwendung auf Franchise-Unternehmen ausweiten +++ Scheinselbstständigkeit insbesondere auf digitalen Plattformen	Mitbestimmung in Betrieben stärken und Europäische Betriebsräte fördern +++ Streikrecht auf europäischer Ebene verankern +++ Mindestlohn erhöhen, oberhalb von 60 % des nationalen Medianlohns +++ Ermöglichung allgemeinverbindlicher Tarifverträge auf Antrag von Gewerkschaften, Verbot von Mitgliedschaft ohne Tarifvertrag in Arbeitgeberverbänden +++ Verbot von Leiharbeit in der EU +++ EU-Entgelttransparenzrichtlinie umsetzen in ein „Entgeltgleichheitsgesetz“, Verbandsklagerecht zur Durchsetzung gleicher Bezahlung +++ Prekäre Bedingungen in der Plattformökonomie beenden +++ Tarifverhandlungen für Solo-Selbstständige ermöglichen +++ 4-Tage-Woche und verbindliche Arbeitszeiterfassung für alle Beschäftigten +++ Umsetzung der fünften Gleichstellungsrichtlinie +++ Sozialversiche-	Sozialpolitik muss mitgliedstaatliche Kompetenz bleiben +++ Streichung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) aus den Europäischen Verträgen +++ „Einheimische Potenziale“ vor außereuropäischen Fachkräften fördern +++ „Blaue Karte EU“ ausweiten +++ Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Schutz nationaler Sozialversicherungssysteme einschränken +++ Gegen europäische Mindeststandards +++ Keine Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme +++ Entsenderichtlinie durchsetzen und Missbräuche in der Leiharbeit verhindern +++ Freizügigkeit einschränken, wenn sie dem Bezug von Sozialleistungen in Deutschland diene +++ Indexierung des Kindergelds

		Kontrollen +++ Plattformarbeit regeln und Scheinselbstständigkeit bekämpfen +++ Digitale Produktivitätsgewinne sollen zu Arbeitszeitverkürzungen führen +++ Mindeststandards für die nationalen Grundversicherungssysteme +++ Europäische Kindergarantie mit ausreichend EU-Mitteln ausstatten +++ EU-Gleichstellungsstrategien für Frauen und LGBTIQ effektiv umsetzen +++ Gesetze zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz an den Klimawandel anpassen +++ EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen anstoßen	die kombinierbare Rentenansprüche berechnet und zur Mobilität und Transparenz im Binnenmarkt beiträgt +++ Anpassung des Kindergelds an Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland	bekämpfen +++ Mobiles Arbeiten EU-weit regeln ++++ EU-Richtlinie zum algorithmischen Management einführen +++ Europäische Arbeitsbehörde stärken und ihre Rolle bei Inspektionen ausweiten +++ Durch mehr Arbeitsinspektionen Ausbeutung in Risikobranchen bekämpfen +++ Subunternehmen in die Pflicht nehmen und gesamtschuldnerische Haftung gesetzlich verankern +++ Geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung durch EU-Lohntransparenzrichtlinie eindämmen +++ Ausweitung der EU-Richtlinie zur Vereinbarung von Beruf und Familie +++ Verbindliche Quoten zur geschlechtergerechten Besetzung von Führungsgremien +++ Soziale Sicherungssysteme besser koordinieren und ESSPass nutzen +++ A1-Verfahren für kleine Betriebe erleichtern, Digitales Echtzeitregister einführen +++ Europäische Kindergarantie umsetzen +++ Europäische Jugendgarantie weiterentwickeln	rungsbeiträge dort zahlen, wo die Wertschöpfung stattfindet, Sozialversicherungsschutz auch für Saisonbeschäftigte +++ Europaweite Beratungsstellen für mobile Beschäftigte +++ EU-ID-Wallet auch analog anbieten +++ Europäisches Mindesteinkommen +++ EU-Rahmenrichtlinie zur europäischen Erwerbslosenversicherung einführen +++ Verbandsklagerecht für das Einklagen von sozialen Grundrechten +++ Keine Indexierung von Sozialleistungen +++ Europaweite Mindestrente einführen +++ Kinderarmut durch eine Kindergrundsicherung bekämpfen	
--	--	--	--	--	---	--

Unsere Position

Der Erfolg der europäischen Wirtschaft hängt von richtiger Bildungspolitik ab: Von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von ihren Ideen und Innovationen. Eine gute Bildungspolitik ist zugleich die wirksamste Sozialpolitik, denn sie schafft Perspektiven für alle. Daher sollte insbesondere die MINT-Bildung über alle Bildungsbereiche hinweg gefördert werden.

CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Für europaweite Einführung des dualen Ausbildungssystems +++ Bildungs- und Ausbildungsmobilität stärken, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen +++ Mitgliedstaaten sollen Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen +++ mehr Austauschprogramme mit anderen EU-Staaten für Auszubildende +++ Erweiterung und finanzielle Aufstockung des „Erasmus“-Programms +++ Zertifikate und Zeugnisse im Europäischen Bildungsraum anerkennen +++ Jugendaustausch und Freiwilligenprogramme in Europa stärken und die Mobilität junger Menschen etwa mit dem Ausbau von „DiscoverEU“ umfassender unterstützen	Erasmus+-Mittel verdreifachen +++ Potenzial inländischer Fachkräfte besser nutzen und in Weiterbildung investieren +++ Recht auf Umschulung und Weiterbildung +++ Internationale Kultur- und Bildungspolitik sind wichtige Faktoren in der Konfliktprävention +++ EU-Visa-Vergabe zu Ausbildungs- oder Qualifikationszwecken erleichtern +++ harmonisierte europäische Regeln für den Zugang zu Ausbildung +++ Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln +++ allen Kindern in der EU bis 2030 eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung garantieren +++ allen jungen Menschen in der EU innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Weiterbildungsmöglichkeit	Schaffung eines EU-Berufsausbildungsmarkts nach Vorbild des dualen Systems +++ weitere Stärkung im Bereich der Bildung und Forschung +++ Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der Europäischen Union etablieren +++ europäische Berufsausbildungs- und Schulsysteme, dort wo es der Bildungsmobilität dient, stärker aufeinander abstimmen +++ Kopenhagen-Prozess zu Qualität und Anerkennung der beruflichen Bildung auf schulische Bildung ausweiten +++ bei der beruflichen Bildung dafür werben, jungen Menschen europäische Perspektiven im Handwerk und den dualen Ausbildungsberufen aufzuzeigen +++ Chancen von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Bildung nutzen +++ beruflichen Aufstieg von Frauen und Mädchen durch eine verbesserte MINT-Bildung, Entrepreneurship Education und durch die Unterstützung	Grenzüberschreitende Bildungsangebote ausbauen +++ Weiterbildung in jedem Alter +++ Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation +++ Ausbildungen im Handwerk fördern +++ digitale Kompetenzen stärken +++ Strukturwandel durch Weiterbildungsangebote stärken +++ Arbeitgeber sollen Weiterbildung anbieten +++ Harmonisierung der europäischen Hochschulpolitik +++ Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU anerkennen +++ Europäische Zentrale für politische Bildung gründen +++ Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ +++ auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik stärken +++ Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten	Erasmus+-Mittel verzehnfachen für vollumfängliche Kostendeckung für Studierende und Auszubildende aus sozioökonomisch-schwachen Hintergründen +++ gleichberechtigter und diskriminierungsfreier Zugang zu kostenloser Bildung über Europäische Kinderгарantie +++ Ausbildung von Hebammen europaweit fördern +++ europaweit koordiniertes Ausbildungsprogramm für Gesundheitsversorgung, Pflege und Geburtshilfe +++ Subventionen und Investitionshilfen für Industrie müssen u. a. an Ausbildungsquoten geknüpft werden +++ bei öffentlichen Ausschreibungen u. a. Ausbildungsquoten beachten +++ umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirte +++ europäische Förderprogramme sollen u.a. Bildung europäischer Nachbarstaaten und	Diplom- und Masterstudiengänge wieder einführen +++ Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftangaben sind zu schützen. Dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“ und Ausbildungsstandards +++ gegen einen „europäischen Bildungsraum“ +++ Deutschland muss wieder ein Land der unabhängigen Spitzenforschung werden +++ Hochschulen sollten Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auswählen +++ Keine Quotenregelungen für verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Abschlussqualifikationen für benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen +++ duale Ausbildung und duales Studium muss erhalten bleiben und kann den übrigen europäischen Ländern als Vorbild dienen +++ in Deutschland im dualen System verliehene Bildungsabschlüsse mit den aka-

	oder ein Praktikum anbieten +++ grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erleichtern +++ gebührenfreie Bildung von Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Meister oder Master +++ deutliche Steigerung der Bildungsinvestitionen und Stärkung des Europäischen Solidaritätskorps und von ERASMUS+ +++ Unterstützung europäischer und internationaler Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit +++ Sexualaufklärung in Schulen vorantreiben und europaweite Gewaltprävention durch gendersensible Bildungsprogramme anbieten +++ Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen über Erasmus+ +++ jede und jeder, der dies möchte, bis zu seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen	von privaten Female Founders Netzwerken fördern +++ Erasmus+ stärken und den Zugang auch für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis verbessern. Alle Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland verbringen können +++ Multinationale Hochschulen in Grenzregionen und Studiengänge sowie Prä-Doc- und Post-Doc-Programme, die den Aufenthalt an mindestens zwei europäischen Hochschulen bzw. Forschungsinstituten bedingen, unterstützen +++ mit beruflicher Bildung dafür werben, jungen Menschen europäische Perspektiven im Handwerk und den dualen Ausbildungsberufen aufzuzeigen +++ Austauschprogramme wie Erasmus+ massiv mit dem Fokus auf Länder des Globalen Südens ausweiten	ten einheitlich und unbürokratisch gestalten +++ europäische Jugendgarantie fördern +++ Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen +++ Werbeeinschränkungen für Alkohol, Glücksspiel sowie Sportwetten im Namen des Jugendschutzes vorantreiben +++ Studien im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin fördern +++ ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen/Jugendarbeit soll nicht an bürokratischen Hürden scheitern +++ Jugendbeteiligung in Europa stärken z. B. über EU-Jugenddialog +++ Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie, die die Beteiligung junger Menschen in allen Politikbereichen stärkt +++ Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufwerten +++ 1 Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen +++ digitaler europäischer Studierendenausweis +++ Erasmus+ für Auszubildende stärken +++ Ausbau der Erasmusmittel +++ Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer einführen	Beitrittskandidaten fördern +++ Bildungsprojekte nicht gefährden durch Stopp der Zahlungen von Fördermitteln an Mitgliedstaaten, die die EU-Grundwerte nicht achten +++ EU-weites Förderprogramm für schulische und außerschulische Bildungsarbeit gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit +++ Lebenslanges Lernen und inklusives Bildungssystem muss gewährleistet werden +++ Bildungssystem, das öffentlich bedarfsgerecht finanziert und sozial durchlässig ist +++ Aufnahme einer Ausbildung oder Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen +++ Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten und finanziert werden +++ Jugendzentren fördern +++ Mehr Jugendbeteiligung durch Europäische Zukunftskonferenz +++ aktives Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16 Jahre senken	demischen Abschlüssen anderer europäischer Länder gleichstellen +++ Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten +++ Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort der politischen Indoktrination sein +++ Die EU-Mitgliedstaaten sind in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor einer Indoktrination zu bewahren +++ Jugendlichen ab 16 Jahren das begleitete Fahren ermöglichen +++ Jugend soll ein Verständnis für Natur und Landwirtschaft entwickeln +++ Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und Jugendliche verhindern
--	--	--	---	--	--

Forschung, Entwicklung, Innovation	Unsere Position					
	Durch Forschung und Innovation wird Europa seinen Wohlstand und die hohe Lebensqualität erhalten können. Aufgrund zunehmend globalen Wettbewerbsdrucks müssen wir in Europa dafür sorgen, dass aus innovativen Ideen tatsächlich neue Produkte und Technologien hervorgehen. Für mehr innovative Strahlkraft müssen wir grenzen-, branchen- und technologieübergreifend zusammenarbeiten, Schlüsseltechnologien fördern und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken.					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	Forschung, Innovation und moderne Infrastruktur stärken +++ Offensive für Forschung und Innovation und starkes EU-Forschungsrahmenprogramm +++ Fokus auf Innovationsführerschaft und Technologieoffenheit legen +++ Vergabe der Forschungsgelder primär nach dem Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz vergeben +++ Ziel: EU-Investitionen von 3 % des BIPs für F & E +++ Fokus auf Schlüsseltechnologien +++ Forschung im Bereich Energie-, Klima- und Materialforschung intensivieren und Europa als Forschungsstandort für innovative Kerntechniken fördern	Innovationspotenzial von Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich nutzen +++ Ziel: europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit dichtem Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten in Bereichen wie Clean Tech, Quantencomputing, KI +++ öffentlich finanzierte Forschung soll Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen +++ Unterstützung von Innovationsanstrengungen für Grundstoffindustrien und Fertigungsbranchen	Europa mit größtem Binnenmarkt der Welt bei F & E von Zukunftstechnologien zum Spitzenreiter machen +++ Grundlage: Technologieoffenheit in allen Bereichen +++ Weiterentwicklung von Horizon Europe mit klaren Schwerpunkten +++ Mobilisierung von Investitionen bei Europäischer Investitionsbank für F & E und Innovationen von KMU +++ InvestEU stärken zur Sicherung von Innovationen +++ European Innovation Council zu einer Europäischen Agentur für Sprunginnovationen weiterentwickeln zwecks Förderung disruptiver Innovationen +++ Weitere Stärkung des Forschungsbereichs an Hochschulen	EU-Wissenschafts- und Forschungspolitik ist Schlüsselement der Zukunft +++ Ausgaben für F & E gemessen am BIP steigern +++ Umfang von Horizon Europe im nächsten EU-Finanzrahmen ausbauen +++ Fokus auf faire Grundlagenforschung und missions- und anwenderorientierte Forschung und Transfer +++ Im Zentrum muss Klimafor-schung stehen +++ Open Access weiter stärken +++ Horizon Europe zugänglicher und internationaler machen +++ Horizon Europe auf Green Deal konzentrieren +++ Zusammenarbeit von Hochschulen, Instituten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft fördern	Kontrolle der Gelder für F&E für Stärkung einer regionalen Industriestruktur durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte (gleichberechtigtes Stimmrecht von regionaler Regierung, Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden) +++ Important Project of Common European Interest (IPCEIs) ausweiten und an strikte ökologische und soziale Kriterien knüpfen +++ Forschung für Sprunginnovationen insbesondere in Nano- und Klimatechnologie an IPCEI-Standorte knüpfen	Technikoffenheit und Forschungsfreiheit ohne ideologische Förderung +++ EU-Forschungs- und Innovationsförderung zurückfahren, kein Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“, Europäischen Wissenschaftsrat auflösen +++ Subsidiarität respektieren: Forschungs- und Innovationsförderung in nationaler Hand oder auf Basis von bi- und multilateralen Abkommen der Mitgliedsländer +++ Stärkung der Autarkie der Mitgliedstaaten in Schlüsselindustrien und eine Diversifizierung der Grundlagenforschung

Digitalisierung	Unsere Position					
	Wir müssen Europa gemeinsam zum Vorreiter der Digitalisierung machen, um nicht im internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden. Dafür benötigen wir einen vollendeten digitalen Binnenmarkt mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur, besseren Bedingungen für Gründungen und Innovationen und mehr Investitionen in digitale Spitzenforschung. Die EU muss für Technologieoffenheit eintreten und dabei Anreize vor Vorschriften setzen.					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	Fokus auf Innovationsführerschaft und Technologieoffenheit +++ Entwicklung Schlüsseltechnologien +++ schnelle Umsetzung des Europäischen Chip-Gesetzes +++ Nutzen von KI für Wirtschaftswachstum und Fortschritte (z. B. Gesundheitsbereich) +++ Keine Überregulierung von KI, um Chancen und Vorteile nicht zu verpassen +++ Gestaltung digitaler Infrastruktur mit echter Cloudstruktur +++ Ausbau flächendeckenden 5G- und 6G-Zugangs +++ Schaffung einer echten Digital- und Datenunion mit digitaler Infrastruktur +++ Aufbrechen von Datensilos, Erleichterung Teilen von Daten und Schaffung von Datenräumen +++ Reform der DSGVO für ein einheitliches und einfaches Datenschutzrecht	Verwirklichung der Digitalunion +++ Entwicklung digitaler Schlüssel- und Netzwerktechnologien +++ Aufbau von Rechenkapazitäten für die Entwicklung von europäischen KI-Modellen +++ Gewährleistung Datenschutzes, Schutz der Privatsphäre, Ablehnung von Massenüberwachung +++ Umsetzung und Weiterentwicklung der DSGVO für weniger Bürokratie für KMU +++ Evaluierung und Verbesserung der Regulierung von digitalen Plattformen +++ Bekämpfung von Desinformation +++ Minimierung „außer-EU-Abhängigkeiten“ hinsichtlich KI und digitaler Plattformen +++ Verhinderung der Entwicklung und Verbreitung von KI-Modellen durch Tech-Monopole +++ Förderung von Entwicklung im KI-Bereich in Europa +++ Gewährleistung des Prinzips der Netzneutralität sowie fairer, gleichberechtigter Zugang	Ablehnung innovationsfeindlicher Überregulierung von KI +++ Nutzung von KI im Bildungsbereich +++ KI-Trainingsdaten nach Fair-Use-Prinzip nutzen +++ Schaffung digitaler Identität für EU-Bürger +++ Schutz der Privatsphäre durch Recht auf Verschlüsselung, Anonymität +++ gemeinsame Sicherheitsstandards für die digitale Infrastruktur +++ Einführung digitaler Euro +++ Digitalisierung der Verwaltung +++ Intensivierung des TTC und gemeinsame Standardfestlegung mit USA +++ Digitalisierung von Zollformalitäten +++ Ausbau digitaler Binnenmarkt; einfachere Skalierung digitaler Geschäftsmodelle +++ Forderung nach „Digital-Freizonen“ nach EU-Recht: grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen +++ unbürokratische und praxisnahe Umsetzung der KI-Verordnung	KI-Potenziale gestalten und nutzbar machen durch die bessere Verfügbarkeit von Daten +++ Bessere und leichtere rechtsbasierte Nutzarmachung von nicht personenbezogenen Daten +++ Forderung nach Nachhaltigkeitsstandards für KI, Cloud-Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke +++ Forderung nach einheitlicher und konsequenter Durchsetzung der DSGVO in Mitgliedsstaaten +++ Ablehnung von KI-gestützten Technologien zur Erkennung von Emotionen oder Zuschreibungen von persönlichen Eigenschaften +++ Unterstützung der Einführung des digitalen Euros +++ Digitalisierung der Verwaltung +++ Stärkung Rechte von Nutzern digitaler Kommunikationsplattformen +++ Einsetzen für neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz	Forderung nach Datenschutz für Beschäftigte +++ Verbot von Keyloggern und Überwachungstechnologien +++ Ausschluss digitaler Überwachung von Betriebsräten und Auskunftsrecht für Betriebsräte über KI-Einsatz und Algorithmen +++ Keine Personalauswahl über KI, da Diskriminierung +++ Verbot automatisierter Gesichtserkennung und von KI zur Bewertung von Leistung +++ Förderung von KI-Anwendungen, die gesellschaftlichen Nutzen bringen anstatt Profit von Unternehmen +++ Kein KI-Einsatz in anderen Bereichen und Datenschutz-Garantie; volle Transparenz über KI-Einsatz +++ Digitale Plattformen: Forderung nach Auskunftsrecht über algorithmische Auftragsvergabe, Einsichtsrecht für Betriebsräte +++ Einführung eines „unverzinsten“ digitalen Euros	Technologische Lösungen wie KI, Robotik und Digitalisierung anstatt Zuwanderung +++ Gegen digitalen Euro +++ Stärkung der digitalen Infrastruktur +++ Ablehnung „Digitalisierungsverordnungen“ wie DSGVO, Verordnung für Leistungsschutzrecht und Upload-Filter +++ Regulierung von Digitalisierung auf nationaler Ebene +++ Keine Einschränkung der Freiheitsrechte durch Digitalisierung +++ Förderung europäischer Hard- und Software zur Stärkung der digitalen Souveränität +++ Forderung nach analogem Leben für Bürger (Verwaltung) +++ Keine digitale Erfassung von Vermögenswerten in EU-Zentralregister +++ Ablehnung genereller Digitalisierung des Unterrichts +++ Keine „Medienkontrolle“ wie durch DSA oder Medienfreiheitsgesetz

Industriepolitik, KMU, Bürokratieabbau	Unsere Position					
	Die Industrie ist der Motor der Wirtschaft in der EU. Sie sichert Wachstum, Wohlstand und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze. Wir brauchen daher eine innovations- und mittelstandsfreundliche EU-Industriepolitik, die durch die richtigen Rahmenbedingungen die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhält und stärkt.					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	Europa als Standort von Industrie und Mittelstand stärken +++ Rolle des Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken +++ Überprüfung der Taxonomie, des Green Deals und EU-Lieferkettengesetzes auf Praxistauglichkeit +++ Schaffung eines unabhängigen europäischen Normenkontrollrates +++ Durchsetzung des „One in, two out“-Prinzips für mehr Bürokratieabbau +++ Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung	Bürokratieabbau durch Verbesserung der Qualität der Regulierungen, ohne dass es zu niedrigeren Sozial-, Umwelt- oder Sicherheitsstandards führt +++ Industriepolitik mit starker sozialer und nachhaltiger Dimension	„Bureaucracy Reduction Act“ zur Befreiung der Wirtschaft von mindestens 50 % der Bürokratielasten („One in, two out“) +++ Rückbesinnung auf die Kernzuständigkeiten mit dem Grundsatz der Subsidiarität +++ Prominente Bekenntnis zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sozialen Marktwirtschaft +++ Einführung eines europäischen Bürokratiekostenindex zur systematischen Erfassung der Bürokratiekosten +++ Gesetzgebung sollte eine Auslaufklausel („Sunset-Klausel“) beinhalten +++ Forderung eines Mittelstandskommissars +++ Verpflichtender „KMU-Test“ für jedes Gesetzgebungsverfahren +++ Anpassung der KMU-Definition auf EU-Ebene (u. a. durch Anhebung der Mitarbeitergrenze von 250 auf 1.250 Mitarbeiter) +++ Systematische Berichtspflichten-Checks	Förderung eines klimaneutralen Umbaus der Industrie +++ KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden +++ Abschaffung der Schriftformerfordernis +++ Digitalisierung der Verwaltung für besseren Bürokratieabbau +++ Zerschlagung bestehender Monopole +++ Unbürokratische Unterstützung von KMU bei Förderungsprogrammen +++ Bessere Koordinierung des Know-How-Transfers von Start-ups	Strengere Sorgfaltspflichten für Unternehmen +++ Einführung einer EU-Taxonomie +++ striktere ökologische und soziale Kriterien für strategische Förderungsprojekte der EU-Kommission +++ Investitionen primär in strukturschwache Regionen +++ Kartell- und subventionsrechtliche Ausnahmen für Projekte, die der Förderung der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) dienen	Reduzierung des bürokratischen Aufwands, insbes. bei EU-Vergaberichtlinie, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Kreditvergaberichtlinie, Ökodesign-Richtlinie und bei Dokumentationspflichten für KMUs +++ Stärkung der Autarkie der Mitgliedstaaten der EU in Schlüsselindustrien (Wehrtechnik, Energieversorgung, Mobilität, Digitalisierung inklusive Kryptografie, Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung) sowie eine Diversifizierung der Grundlagenforschung +++ Erhalt und Ausbau der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie +++ Stärkung von „Made in Germany“

Unsere Position

Die Wirtschaft steht hinter dem Pariser Abkommen. Die Umsetzung der europäischen energie- und klimapolitischen Ziele stellt die Wirtschaft jedoch vor große Herausforderungen. Wettbewerbsfähige Energiepreise und eine konstante, unterbrechungsfreie Stromversorgung sind unerlässlich. Der Energiebinnenmarkt muss vollendet werden. Statt Verboten und noch mehr Bürokratie brauchen wir gezielte Anreize. Die Unterstützung unserer Wirtschaft bei der Entwicklung und dem Einsatz klimafreundlicher Technologien ist ein zentraler Schlüssel zum globalen Klimaschutz.

CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Sichere und bezahlbare Energie sicherstellen +++ Rohstoff- und Energiepartnerschaften mit verlässlichen Partnern aufbauen +++ Fokus auf Innovation und Forschung sowie marktbasierte Instrumente wie Emissionshandel +++ Unterstützung der Regionen bei Klimaschutz und -anpassung +++ Technologieoffenheit +++ Green Deal wirtschaftsfreundlich weiterentwickeln +++ keine Erneuerbaren diskriminieren +++ Energieunion weiterentwickeln +++ grenzüberschreitende Infrastruktur ausbauen +++ zügige Umsetzung der Wasserstoffstrategie +++ Intensivierung der Forschung, auch an Kernfusion +++ auf Kernkraft als Option derzeit nicht verzichten +++ natürliche und technische CO ₂ -Senken ausbauen +++ Direct Air Capture unterstützen +++ Verbrennerverbot abschaffen	Ausbau der erneuerbaren Energien und grenzüberschreitenden Infrastruktur +++ schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren +++ Energieunion auch mit EWR und Beitrittskandidaten +++ Brennstoffeinsatz beenden, der CO ₂ -Speicher Wald schwächt +++ Steigerung natürlicher CO ₂ -Senken +++ Strategie zur Diversifizierung der Energiebeziehungen +++ Reform des Strommarktdesigns +++ europäischer Rahmen für Brückenstrompreise +++ Industrieförderung mit Klimaschutzverträgen/“Carbon Contracts for Difference“ +++ Keine Förderung der Kernenergie +++ Unterstützung des Zwischenziels 2040 +++ Sozialer und feministischer Green Deal +++ Emissionshandel stärken +++ Klimacub erweitern +++ internationale Klimafinanzierung aufstocken +++ nachhaltige Forst- und Landwirtschaft	Mehr Technologieoffenheit und weniger Bürokratie +++ gemeinsame Energieaußenpolitik, Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Ländern +++ Wasserstoffpartnerschaft insbesondere mit Israel +++ Vertiefung des Energiebinnenmarkts +++ einheitliche CO ₂ -Bepreisung als mittelfristiges Ziel +++ Ablehnung des „Energy Performance of Buildings Directive“ und CO ₂ -Flottengrenzwerten +++ Regulierungspause beim Green Deal +++ beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren für Erneuerbare und Infrastruktur +++ neues marktwirtschaftliches Strommarktdesign +++ europäisches Stromnetz ausbauen +++ innovativen Rechtsrahmen für Kernfusion schaffen +++ Hochlauf von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen ermöglichen +++ kein Verbrennerverbot	Massive Investitionen in erneuerbare Energien +++ Ausbau des europäischen Stromnetzes +++ integrierte Netzplanung (Strom, Gas, Wasserstoff) +++ Strommarktdesign, das stärker von Kostenvorteilen der Erneuerbaren profitieren lässt +++ Ende der Förderung von CO ₂ -Quellen in Europa und weltweit +++ Ablehnung von Atomkraft als nachhaltige Form der Energiegewinnung +++ Neues Zwischenziel verbindlich bei UN hinterlegen +++ Agrarpolitik auf Klimaschutz ausrichten +++ Entwicklung und Förderung natürlicher CO ₂ -Senken sowie technischer Lösungen zur CO ₂ -Reduktion (CCU/CCS) +++ Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft fördern +++ Klimageld einführen +++ Hohe energetische Standards für Neubauten +++ eindeutige EU-Regulierung von Speichern	Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch bis 2030 auf 50 % steigern +++ Primärenergieverbrauch bis 2030 i.V.z. 2000 um 40 % senken +++ Strengere Klimaziele: 70 % bis 2030, 90 bis 95 % bis 2040 +++ verbindliche CO ₂ -Budgets für jeden Mitgliedstaat +++ Bis 2035 100 % Erneuerbare, möglichst dezentral +++ Einführung von Energiepreiskontrollen +++ Merit Order abschaffen +++ mehr Energieproduktion in öffentlicher Hand, u. a. durch Rekommunalisierung +++ Emissionshandels gemäß CO ₂ -Budget reformieren +++ schnelle Abschmelzung kostenloser Zertifikate +++ Ablehnung des ETS 2 +++ sozial gerechte Wärmewende +++ Taxonomie für Kernenergie und Gas beenden +++ „Carbon Capture and Storage“ verbieten +++ grünen Wasserstoff nur in ausgewählten Sektoren einsetzen	Leugnung des anthropogenen Klimawandels +++ statt Klimaschutz ist Klimaanpassung erforderlich, die jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten obliegt +++ Abschaffung aller EU-Klimaschutzgesetze +++ Energiepolitik obliegt den Mitgliedstaaten +++ Abschaffung der Förderung erneuerbarer Energien +++ Kernenergie nicht benachteiligen +++ Kohleverstromung erhalten